

Linksextremisten greifen jetzt auch Polizeigewerkschaft an

In der Nacht zum 15. Januar schlugen militante Linksextremisten wieder zu und zerstörten u.a. Fahrzeuge der Polizei. Im Internet wurde bereits ein Bekennerschreiben veröffentlicht.

„Unser Betreuungsfahrzeug wurde entglast, Reifen zerstört, im Inneren Flüssigkeit verspritzt“, twitterte am Mittwochmorgen der Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Benjamin Jendro. Außerdem wurden Informationsmaterial und Aufsteller zerstört, ein Feuerlöscher auf und zwischen den Sitzen entleert. Jendro: „Es könnte sich um ein Buttersäure-Gemisch handeln. Ein Totalschaden.“ Damit zeigen sich auch hier wieder die Folgen der jahrzehntelangen Verharmlosung des Linksextremismus.

Die Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) ist der Meinung, dass linksextreme Gewalt hierzulande unterschätzt wird. Das ergab eine Umfrage des INSA-Meinungsforschungsinstituts im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur idea.

Kein Klimanotstand in Rosenheim STOPP DEM ÖKO-WAHNSINN



Wir Republikaner sind bekennende Gegner des Öko-Wahnsinns! So positionieren sich u.a. auch unsere Parteifreunde Rosenheimer Kommunalwahlkampf, aber auch bundesweit. Im Zuge des ausgerufenen Klimanotstands, der immer mehr Städte und Kreise umfasst, sollen nicht nur andere Probleme ausgeblendet, sondern insbesondere eine völlig abwegige Umweltpolitik zwangsweise umgesetzt werden. Seit Jahrzehnten versuchen linke Parteien gezielt ihre autofahrerfeindliche Politik salonfähig zu machen. Nun scheint die Zeit reif zu sein, um mit diesem Thema eine Umweltpolitik mit der Brechstange herbeizuführen, die an weiteren Teilen der Bevölkerung vorbeigeht.

Fast 7.000 Messerattacken alleine in NRW

Alleine in Nordrhein-Westfalen hat es im vergangenen Jahr 6.827 Straftaten gegeben, bei dem Menschen mit einem Messer attackiert oder bedroht wurden. Das geht aus der neuen Stichwaffenstatistik hervor, die das Innenministerium seit 2019 führt.

Für Michael Mertens, Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW, ist die Erhebung „eine Bestätigung der Gefühlswelt meiner Kollegen“. Es handele sich um „eine richtig hohe Zahl, die besorgniserregend ist“. Und man müsse schließlich davon ausgehen, dass noch viel mehr Menschen unentdeckt mit Stichwaffen am Körper herumlaufen. 4.091 der Tatverdächtigen waren Deutsche. Die nächst größeren Gruppen sind Türken (436), Syrer (364), Polen (132), Rumänen (123), Afghanen (123), Serben (110) und Iraker (105). Der Anteil der Zuwanderer an dieser Gruppe beträgt 39,8 Prozent (1052). Zuwanderer sind u.a. Asylbewerber, Schutz- und Asylberechtigte oder Geduldete.

Atom- und Kohleausstieg: Woher soll noch ausreichender Strom kommen

Seit einem Jahr ringen Politiker, Konzernlenker, Gewerkschafter und Umweltschützer um die Frage, zu welchem Zeitpunkt welcher Kraftwerksblock vom Netz geht und welche Entschädigungsleistungen den Betreibern, Belegschaften und Regionen gezahlt werden sollen. Über das Wichtigste wird im Moment am wenigsten gesprochen: Wo soll der durch den Kohleausstieg wegfallende Strom denn danach eigentlich noch herkommen?

Aus erneuerbaren Quellen, klar, soweit herrscht Einigkeit. Aber aus welchen? Windräder will kaum jemand in seiner Nachbarschaft haben, Offshore-Windparks sind ein Problem für die Bewohner des

Wattenmeeres, Solarpaneele gelten wahlweise als hässlich oder teuer, Biomasse steht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion und trägt zur biologischen Verödung ganzer Landstriche bei, die Wasserkraft ist in Deutschland schon aus Gründen der Geografie weitgehend ausgereizt.

Energie aus Braun- und Steinkohle mag hierzulande auf dem Rückzug sein, sie macht aber immer noch gut ein Viertel der deutschen Stromerzeugung aus. Die Kernenergie liefert weitere 13 Prozent. Zusammen bewegen sich diese Energieträger auf dem gleichen Niveau wie Windkraft und Solarenergie. Die bereits installierte Leistung an Wind- und Solaranlagen muss bis 2038 ein weiteres

Mal installiert werden, wenn Deutschland an seinen Klimazielen festhalten will.

Berücksichtigt man darüber hinaus, dass der Stromverbrauch angesichts zunehmender Elektromobilität eher steigen als sinken wird und dass angesichts der hohen Volatilität erneuerbarer Energien - nicht immer scheint die Sonne, nicht immer weht der Wind - ein gewisser Puffer unabdingbar sein wird, muss die Erzeugung von Ökostrom in den nächsten 18 Jahren eher verdreifacht als verdoppelt werden. Wie und ob das funktionieren soll, steht in den Sternen. Berücksichtigung findet es bisher in den Planungen aber nicht.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Zahl türkischer Asylbewerber steigt deutlich an

Die Zahl der türkischen Asylbewerber ist seit dem gescheiterten Putschversuch stark angestiegen. Viele von ihnen erhalten in Deutschland Asyl. Das liegt auch an einer Analyse des Auswärtigen Amtes zur Situation in der Türkei. Insgesamt hat sich die Zahl von Asylbewerbern aus der Türkei seit 2016 auf hohem Niveau eingependelt. Registrierte das BAMF nach eigenen Angaben zuvor jährlich etwa 1.800 Asylbewerber aus der Türkei, waren es 2016 bereits 5.742 und im Jahr 2019 sogar 11.423 Antragsteller. Nur aus Syrien und dem Irak kamen im vergangenen Jahr mehr Antragsteller in die Bundesrepublik.

Bauern demonstrieren weiter gegen Agrarpolitik in Deutschland

Zum Start der Agrarmesse "Grüne Woche" in Berlin haben Bauern wieder bundesweit für ihre Interessen demonstriert. Im Zentrum der Kritik der Initiative Land schafft Verbindung (LSV) stehen die neue Düngeverordnung und strengere Vorgaben zum Arten- und Tierschutz. Außerdem fordern sie faire Preise für ihre Produkte. Auch in Norddeutschland beteiligten sich mehrere Tausend Landwirte mit ihren Traktoren an Protest-Veranstaltungen. Schwerpunkte waren Hannover, Kiel, Heide und Bremen. In Mecklenburg-Vorpommern fuhrn Hunderte Bauern auf mehreren Rundkursen in "Demo-Konvois". In Hannovers Innenstadt hatten etwa 1.750 Traktoren, mit denen rund 2.000 Landwirte in fünf Konvois aus dem ganzen Land angereist waren, rund um das Neue Rathaus und den Schützenplatz geparkt - und so nicht nur bei der Anfahrt für Verkehrsbehinderungen gesorgt. "Einerseits sollen wir das Klima schützen, andererseits bekommen wir eine Düngeverordnung, die genau das Gegenteil bewirkt", warfen die Landwirte der Politik berechtigt vor.

Kommunalwahlen in Bayern und Nordrhein-Westfalen

In diesem Jahr finden in Bayern und Nordrhein-Westfalen wieder Kommunalwahlen statt. Damit unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht nur eine echte Alternative zu den Altparteien haben, sondern auch eine kritische bewährte Oppositionskraft, ist die Mitwirkung möglichst vieler Mitglieder und Parteifreunde notwendig. Gemeinsam kann es gelingen, in Ihrer Kommune dafür zu sorgen, dass republikanische Politik Einzug in das lokale politische Leben erhält. Machen Sie daher mit und melden Sie sich bei den Landesverbänden Bayern in NRW, damit möglichst viele Wahlen tritte erfolgen.



Keine finanzielle Unterstützung der Türkei für einen EU-Beitritt!

Als Beitrittskandidat erhält die Türkei von der EU finanzielle Unterstützung. Wegen des Streits um Gasbohrungen vor Zyperns Küste und dem Militäreinsatz in Syrien soll das Land nun deutlich weniger Geld bekommen als ursprünglich geplant. So soll es nunmehr zu einer Kürzung von 75 Prozent kommen. Aus unserer Sicht ist es überhaupt ein Unding, dass die Türkei Beitrittskandidat ist. Eine komplette Streichung der Zuschüsse wäre daher der richtige Weg, denn weiterhin vertreten wir die Meinung: Europa ohne die Türkei

Der Plakat-Slogan „Nazis töten.“ bleibt straffrei

Der Staatsschutz in Bielefeld hat die Plakate mit Slogans wie „Hier könnte ein Nazi hängen“ oder „Nazis töten.“ kurz vor Beginn einer linken Demo beschlagnahmt. Inzwischen hat die Anklagebehörde die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der Plakatierung „wegen nicht hinreichenden Tatverdachts“ eingestellt. Der entscheidende Unterschied ist der Punkt auf dem Plakat. Einer Aufforderung folgt ein Ausrufezeichen. Das reichte offenbar zur Einstellung des Verfahrens.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, z.B. 28.01 in Bruchsal, um 18.00 Uhr und 02.02.20, um 10.00 Uhr, in Wiesental. Weitere Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.